

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 9

Artikel: Magistrat und Wirtschaftsführer
Autor: Schweizer, Kurt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338268>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Magistrat und Wirtschaftsführer

Noch vor dem Zweiten Weltkrieg galt es als Regel, dass zurückgetretene Bundesräte ein Dasein in Würde verbrachten. Sie wahrten sich das Ansehen, um gelegentlich, sozusagen überparteilich, zu allgemeinen Problemen Stellung nehmen zu können. Sie waren zur Bekleidung von Ehrenämtern bereit. Die Verlockung «Nach Golde drängt, am Golde hängt doch alles» konnte ihnen nichts antun. Es soll nicht bloss eine Anekdote sein, dass Bundesrat Minger den Ruf in den Verwaltungsrat eines Basler Chemiekonzerns ablehnte. Solche Haltung konnte seine populäre Persönlichkeit nur stärken. Hätte sie als Aushängeschild missbraucht werden sollen, dass die Bauernschaft mehr Schädlingsbekämpfungsmittel des Konzerns verwendete, der gegenüber der Konkurrenz im Rückstand war? Auf seine Weise fasst unser ehemaliger Finanzminister, Prof. Max Weber, heute angesehenes Mitglied des Nationalrates, seinen Ruhestand auf: unablässig und uneigennützig im Dienste der Öffentlichkeit und der Schwächeren tätig. Um ein weiteres Faust-Wort einzustreuen, könnte man sein Wirken unter «Wer Gutes will, der sei erst gut» stellen.

Dass das Verhalten freisinniger Magistraten zu denken gibt, beklagte niemand anders als der Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung» in einem Artikel «Abwertung des öffentlichen Amtes?» Chefredaktor Luchsinger rückte eine besonders ernste Frage in den Brennpunkt, indem er betonte: «Begreiflicherweise irritiert es, wenn ein Mann, der auf politisch exponiertem Posten vor der Öffentlichkeit über Jahre hin als Anwalt des *Gesamtinteresses* und als Mahner in diesem Namen aufgetreten ist, sich über Nacht vor den Augen derselben Öffentlichkeit in einen Vertreter recht *partikularer Interessen* verwandelt.»

Andere Kommentatoren versuchten tiefgehendes Missbehagen damit zu überbrücken, dass sie häufigeren Wechseln von der Verwaltung in die Industrie und umgekehrt das Wort sprachen. Um ohne Umschweife zu fragen: Ist die Gewissensverfassung eines Dieners der Öffentlichkeit, wenn sich seine Einstellung nicht verfälschen lässt, einer industriellen Unternehmung überhaupt aufpfropfbar? Oder umgekehrt: Könnte die vordem einseitige, ja hemmungslose unternehmerische Interessenverfechtung einer Regierung oder den Verwaltungsspitzen nicht schweren Eintrag tun? Natürlich gibt es charakterfeste Persönlichkeiten. Wo waren aber die grossen Versager, wenn man den Bogen über die letzten vier Dezennien zurückschlägt? War es nicht vorab Prominenz der Wirtschaft, die im Lager der «Zweihundert» für die Mundtotmachung unserer Presse im Kampf gegen die Diktatoren plädierte? Waren das nicht die gefährlichen Anpasser nach Norden und Süden? Andere Spitzen der Industrie richteten sich anders ein. Es war die Zeit der Sitzverlegungen. Manche Regierung hatte den Sitz nach London verlegt, unter anderem war das holländische Königshaus dort. Auch schweizerische Firmen hatten die Sitz-

verlegung in sicheres Ausland in die Wege geleitet, wenn unserm Land das Schwerste zustossen sollte. Manchen Spitzen wird es nicht zuletzt um die eigene Haut gegangen sein. Um ja nichts zu verpassen, wurden Kinder schon vorab in Sicherheit geschickt. In der Schweiz zurückgeblieben wären die Fabriken und das Fussvolk, die Belegschaften, sich selber überlassen. Betrüblich!

Wie wenig erhebend und loyal die Einstellung gewisser Industrielleute ist, enthüllten sie bei der *Fremdarbeiterfrage*. Sie verschliessen sich die Augen davor, dass die Schweiz mit rund 16 Prozent Ausländern wie kein anderes Land überlastet ist. Wenn immer der Bundesrat, wie namentlich im März, mit einer strengeren Regelung eingreifen wollte, haben Kreise der Grossindustrie keine Einsicht erkennen lassen, sondern zynisch und trotzig reagiert. Mit der weiteren Wegverlegung der Produktion aus der Schweiz wurde gedroht. Man werde es das Land, seine Volkswirtschaft entgelten lassen... Man weiss jedoch, dass die Industrie es nirgends so gut hat wie hier.

Würde die Vertiefung dieser Gedankengänge die Wahrscheinlichkeit nicht verstärken, dass Magistraten ab und zu nur unter Verleugnung der Allgemeininteressen in die Privatwirtschaft übertreten könnten und dass die Verwendung ehemaliger Industrieller in Regierung und Verwaltung eventuell von ernsthaften Ritzungen moralischer Prinzipien begleitet wäre? Oder warum hat wohl der hochangesehene Altbundesrat Wahlen, wie das Schweizer Radio meldete, 27 Anfragen der Wirtschaft abgelehnt? Ein wichtiger, weitreichender Problemkreis ist aufgerissen worden. Er erfordert allergrösste Aufmerksamkeit.

Ein Rückblick auf die britischen Wahlen 1970

Dr. J. W. Brügel, London

Der den Voraussagungen aller Meinungsforschungsinstitute widersprechende Ausgang der britischen Parlamentswahlen wirft naturgemäss die Frage auf, ob die Niederlage der Labour Party durch die Festsetzung eines anderen Termins oder durch eine andere Taktik in der Wahlkampagne hätte vermieden werden können. Es ist ganz natürlich, dass sich Harold Wilson jetzt Vorwürfen ausgesetzt sieht, die Wahlen zu bald ausgeschrieben und den Wahlkampf nicht energisch genug geführt zu haben. Die Suche nach dem Sündenbock ist eine im Falle eines Versagens unvermeidliche Erscheinung, aber sie geht an den wahren Ursachen vorbei. Niemand kann die Frage beantworten, ob die Regierung Harold Wilsons, wenn sie sich im Oktober 1970 zur Wahl gestellt hätte, erfolgreicher gewesen wäre als im Juni, aber da sie im Juni nicht erfolgreich war, wird nun allgemein angenommen, dass der Wahltermin falsch gewählt worden war. Hätte Wilson, wie er es sich offenkundig